Frankenberger Tageblatt

Das Blatt erscheint an jedem Werktag. Monats-Bezugspreis frei Haus 2.00 Rm., in den Ausgabestellen der Stadt 2.00 Rm., in den Ausgabestellen der umliegenden 2.10 Rm., bei Zustellung im Landbezirk 2.15 Rm., bei Abtragung im Landbezirk 2.00 Rm. Anzeigenpreis: 10 Rpf., Reklamepreis 30 Rpf. Sonderbedingungen laut Anzeigenpreisliste. Postscheckkonto: Leipzig 28301. Gemeindegirokonto: Frankenberg, Sachsen 51. Telegrammadresse: Tageblatt Frankenbergsachsen.

Bezirks-Anzeiger

Anzeigenpreis: 1 Millimeter Höhe einspaltig (= 36 mm breit) 7½ Pfennig, im Reklameteil (= 79 mm breit) 30 Pfennig. Mehrere Anzeigen sind bei Aufgabe zu bezahlen. Für Nachweis und Vermittlung 25 Pfennig Sondergebühr. — Für schwierige Sätze, bei Anfindigungen mehrerer Aufträge in einer Anzeige und bei Platzvorschriften Aufschlag. Bei größeren Aufträgen und bei Wiederholungsabdruck Erstattung nach feststehender Staffel.

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa behördlicherseits bestimmte Blatt

Rotationsdruck und Verlag: G. G. Roßberg (Inh. Ernst Roßberg jun.) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: J. V.: Th. Baare, zurzeit in Frankenberg

№ 205 | Sonnabend den 1. September 1928 nachmittags | 87. Jahrgang

Kurzer Tagesspiegel

Die Sowjetregierung hat in einer Antwortnote an Frankreich ihren Beitritt zum Kelloggpakt erklärt.

Die Genfer Minderheitentagung ist am Freitag abgeschlossen worden.

Die deutsch-rumänischen Verhandlungen sind vorübergehend unterbrochen worden.

Zur Erörterung schwebender politischer Fragen ist der Parteiausschuß der S. P. D. zum 11. September nach Berlin einberufen worden.

Die Versuche einer Regierungsbildung auf der Grundlage der Großen Koalition in Thüringen müssen als gescheitert angesehen werden.

Der Völkerbundsrat wird es aller Voraussicht nach ablehnen, dem Antrag Costaricas auf Auslegung der Monroe-Doktrin zu entsprechen.

Staatssekretär v. Schubert hatte am Freitag in Genf eine Unterredung mit Woldemaras.

Die Entführung Rossis wächst sich allmählich zu einem italienisch-schweizerischen Zwischenfall aus.

Japan beabsichtigt die Einberufung eines internationalen Chinakongresses.

In der Kriegsanleiheaffäre sind am Freitag weitere Zeugen vernommen worden. Frau Stinnes ist in Berlin eingetroffen, um die Maßnahmen zur Verteidigung ihres Sohnes zu überwachen.

In einer französischen Dynamitfabrik hat sich eine schwere Explosion ereignet, bei der 8 Personen getötet wurden.

Der Flieger Levine wird seinen neugeplanten Ozeanflug wahrscheinlich aufgeben.

Der berüchtigte Geldschrankknacker Kirsch, der vor kurzer Zeit aus Sonnenburg entwichen ist, konnte wieder verhaftet werden.

Politischer Wochenfilm

Das lang erwartete Ereignis der Unterzeichnung des Kriegsächtungspaktes ist in dieser Woche Wirklichkeit geworden. Der deutsche Reichsaußenminister durfte als erster seine Unterschrift unter dieses Schriftstück setzen und wenn der Beifall, der dabei von einem ausgewählten Auditorium gespendet wurde, einen Maßstab für den wirklichen Wiederaufstieg Deutschlands geben könnte, dann hätten wir es bereits herrlich weit gebracht.

•

Die Pariser Feierlichkeiten sind nicht ungetrübt verlaufen. Denn schon in den Tagen der Unterzeichnung konnte man bemerken, daß der amerikanische Außenminister Kellogg schwer verstimmt war. Er muß in Paris wirklich allerhand Unerfreuliches über das englisch-französische Flottenabkommen erfahren haben. Denn sonst würde er London nicht so ostentativ schreiben, nachdem er zunächst Baldwin's Einladung zustimmend beantwortet hatte. So ist er denn nur nach Irland gefahren, um den Besuch des Präsidenten Cosgrave zu erwidern und verschmäht es sogar, die Rückfahrt von einem englischen Hafen aus anzutreten. Präsident Coolidge aber hat am Tage nach der Unterzeichnung sich seine Minister des Krieges und der Marine kommen lassen, um mit ihnen das neue Flottenbauprogramm durchzusprechen. Nimmt man hinzu, daß Frankreich seine Heeresausgaben gewaltig erhöht, dann bekommt man ein ungefähres Bild von der künftigen Entwicklung. Inzwischen hat sich wieder einmal einer von den Abrüstungsausschüssen in Genf totgelaufen, indem nämlich eine Einigung über die Kontrolle der Rüstungsindustrie nicht zu erzielen war. Ein Beispiel für die angebliche Gleichberechtigung Deutschlands im Völkerbund, wo doch Deutschland über jedes Gewehr und jede Patrone Rechenschaft ablegen muß.

•

Noch immer weiß man nicht, was Stresemann und Poincaré eigentlich verhandelt haben. Staatssekretär Schubert war auf seiner Reise nach Genf in Baden-Baden, um sich vom Reichsaußenminister persönlich ins Bild setzen zu lassen. Der Kanzler fährt über Baden-Baden zur Tagung des Völkerbundes. Soweit die französische Presse Mitteilungen über Stresemanns Unterredung mit Poincaré gemacht hat, ist ein wesentliches Ergebnis nicht erzielt worden. Denn daß Poincaré den Vortrag des deutschen Reichsaußenminister „aufmerksam angehört" habe, erscheint uns als eine solche Selbstverständlichkeit, daß die Erwähnung dieser Tatsache fast wie eine Brüskierung wirkt. Poincaré hat sich offenbar darauf festgelegt, die endgültige Lösung der Rheinlandfrage mit den interalliierten Schulden und dem Dawesplan zu verknüpfen. In irgendeiner Form spielt die oft erwähnte Mobilisierung der Eisenbahnobligationen dabei eine Rolle. Deutschland hat von jeher nach dem Scheitern des Thoiry-Planes eine solche Kombination abgelehnt. Die vorzeitige Räumung der zweiten Zone, von der tatsächlich hier und da die Rede ist, würde die Endlösung eher erschweren als erleichtern.

•

In Genf ist der Völkerbundsrat zu seiner 51. Tagung zusammengetreten. Er wird sich nicht mit allzu viel wichtigen Problemen beschäftigen. Uns Deutsche interessieren die Beschwerden der deutschen Ostoberschlesier gegen die Willkür der polnischen Regierung. Außerdem kommen die litauisch-polnischen Streitigkeiten zur Sprache. Allerdings wird man versuchen, sie der Vollversammlung zur Erledigung zu überweisen. In der Vollversammlung gibt es natürlich eine große, politische Aussprache, bei der Deutschland Gelegenheit hat, seine Abrüstungswünsche nachdrücklichst zu Gehör zu bringen. Außerdem erwartet man, daß Hermann Müller bei Briand und Lord Cushendun einen energischen Vorstoß in der Rheinlandfrage macht. Deutschland aber erwartet darüber hinaus, daß der Reichskanzler sich keinen Tag länger in Genf aufhält, wenn die andere Seite sich wiederum den berechtigten Wünschen der deutschen Politik verschließen sollte.

•

Wenn der Reichskanzler von Genf wieder nach Hause kommt, beginnt allmählich die politische Winterkampagne. Die Umbildung der Regierung ist stark erschwert worden durch die Vorgänge innerhalb der sozialdemokratischen Partei, wo der Panzerkreuzerrummel eine starke Radikalisierung bewirkt hat. Die Angst vor dem kommunistischen Volksentscheid, der nun offenbar doch in Gang gebracht wird, veranlaßt die sozialdemokratischen Führer, ein ganzes Stück weiter nach links zu gehen, als es ihren sachlichen Einsichten entspricht. Die parallel laufende Krisis innerhalb der Deutschnat. Volkspartei dauert noch an, obwohl der Abg. Lambach in der Partei verbleibt, nachdem das Parteigericht seinen Ausschluß rückgängig gemacht hat. Die Vertreterversammlung, die voraussichtlich Anfang Oktober stattfindet, wird der Schauplatz erregter innerparteilicher Auseinandersetzungen sein, zumal der Abg. Hugenberg durch seine Organe die Weiterführung des Kampfes ankündigen läßt.

•

Das deutsche Wirtschaftsleben steht vor der neuen schweren Aufgabe, sich mit der Erhöhung der Reichsbahntarife abzufinden, die am 1. Oktober durchgeführt wird. Nun wird die Reichsbahn zwar für verschiedene lebenswichtige Güter, in erster Linie Lebensmittel und Kohle, die bisherigen Tarife bestehen lassen. Weiterhin soll auch der Berufsverkehr dadurch geschont werden, daß die Zeitkarten von der Erhöhung nicht berührt werden. Insgesamt aber sollen jährlich 250 Millionen Mark mehr aufkommen, die natürlich von der deutschen Wirtschaft bezahlt werden müssen. Es müßte übrigens geprüft werden, wie weit die Vorwürfe gewisser Eisenbahn-Organisationen berechtigt sind, daß innerhalb des Reichsbahnbetriebes die sonst so viel berufene Rationalisierung noch längst nicht durchgeführt wäre, und daß der ganze Betrieb heute zu teuer arbeite. Wenn die Reichsbahntariferhöhung wieder eine allgemeine Preiswelle und eine sich daranschließende Lohnbewegung zur Folge hätte, dann wäre unsere Wirtschaftspolitik auf ein ganz verkehrtes Geleise geraten. Hier muß mit allen Kräften im Interesse der Gesundhaltung unseres Wirtschaftskörpers gebremst werden.

Die Genfer Ratstagung

Um die Antwort auf den Antrag Costaricas

Genf, 1. 9. Der Völkerbund hielt Freitag vormittag eine kurze öffentliche Sitzung ab, in der der kanadische Ministerpräsident Mackenzie King über die Inkraftsetzung des Opiumabkommens berichtete, die am 25. September stattfinden soll. Das Abkommen sieht die Schaffung eines ständigen Zentralausschusses vor, in dem auch die Vereinigten Staaten vertreten sein sollen. In der Aussprache stellte Lord Cushendun den Antrag, einen Untersuchungsausschuß nach dem fernen Osten zu entsenden, der über das Ausmaß des unerlaubten Opiumhandels Bericht erstatten soll. Die englische Regierung stoße in den überseeischen Ländern auf außergewöhnliche Schwierigkeiten im Kampf gegen den unerlaubten Opiumhandel. Es sei ein Zeichen des großen Vertrauens, das sie in den Völkerbund setze, wenn sie die Prüfung einer so schwerwiegenden Frage dem Völkerbund übertragen wolle. Der Rat beschloß, den englischen Vorschlag der Vollversammlung zur Entscheidung zu übermitteln.

Im Anschluß daran fand eine kurze Geheimsitzung des Rates statt, in der lediglich zwei unwichtige Ausschußberichte entgegengenommen wurden. Der Rat trat dann in den Räumen des Generalsekretärs zu einer streng geheimen Sitzung zusammen, an der lediglich die 14 Ratsmitglieder und der Generalsekretär teilnahmen. In dieser Sitzung soll die Antwort auf den Antrag Costaricas bezüglich der Auslegung der Monroe-Doctrin erörtert werden. Es handelt sich hierbei um eine außergewöhnlich schwierige Frage, ja um eine Stellungnahme des Völkerbundes zur Monroe-Doctrin, die von der Regierung der Vereinigten Staaten leicht als eine Einmischung in die amerikanischen Angelegenheiten aufgefaßt werden könnte. — Nach späterer Meldung gelangte in der Geheimsitzung ausschließlich der Antwortentwurf auf die Note Costaricas zur Beratung. Die Stellungnahme des Rates bereitet außerordentliche Schwierigkeiten, da die Meinungen auch innerhalb des Rates hierüber weit auseinandergehen. Ob der Antrag von Costarica in der Vollversammlung zur Verhandlung gelangen wird, steht noch nicht fest. Man scheint jedoch im Rat alles Erdenkliche zu tun, um eine solche Aussprache in der Vollversammlung zu vermeiden, da man hieraus neue Schwierigkeiten gegenüber den Vereinigten Staaten befürchtet.

Die Geheimsitzung am Freitag nachmittag dauerte von 16 bis 18½ Uhr. Die Verhandlungen konnten im Hinblick auf die sowohl rechtlich als auch politisch außerordentlich schwierige Natur des Beratungsgegenstandes nicht zum Abschluß gelangen. Man scheint jedoch die Absicht zu haben, in der Antwortnote auf die bisherige Stellungnahme des Völkerbundes zu der Monroe-Doctrin und insbesondere auf die Entstehung des Artikels 21 des Völkerbundspaktes bei der Versailler Friedenskonferenz hinzuweisen. Bekanntlich ist damals die Monroe-Doctrin in den Art. 21, in dem sie nur in losem Zusammenhang erwähnt wird, lediglich auf den besonderen Wunsch Wilsons aufgenommen worden. Sowohl von englischer als auch von französischer Seite wurde dem ursprünglich starker Widerstand entgegengesetzt.

•

Der ungarisch-rumänische Optantenstreit

Der Völkerbundsrat hat beschlossen, den Antrag der ungarischen Regierung, den ungarisch-rumänischen Optantenstreit auf die Tagesordnung der gegenwärtigen Tagung zu setzen, am Sonnabend vormittag in geheimer Sitzung unter Hinzuziehung des Grafen Apponyi zu verhandeln. Von französischer Seite wird gegenwärtig mit Unterstützung der Vertreter der Kleinen Entente mit allen Mitteln auf eine Ablehnung des ungarischen Antrags, den ungarisch-rumänischen Optantenstreit vor den Rat zu bringen, gedrängt. Die Verhandlungen hierüber, die streng vertraulich geführt werden, stoßen auf Schwierigkeiten, da die Meinungen innerhalb des Rates weitgehend geteilt sind.

Graf Apponyi, der ungarische Vertreter bei der Vollversammlung, hat an den Generalsekretär des Völkerbundes ein Schreiben gerichtet, in dem er im Namen der ungarischen Regierung es ablehnt, auf die neue rumänische Note in dem ungarisch-rumänischen Optantenstreit schriftlich einzugehen. Er behält sich dagegen vor, mündlich, wie es üblich ist, in der Ratssitzung die vielfachen Irrtümer in der Note der rumänischen Regierung dem Rat darzulegen.

Was Briand Müller sagen wird

Französische Kombinationen und Unmöglichkeiten

Paris, 1. 9. (Funkspruch.) Zu den bevorstehenden Genfer Besprechungen zwischen Reichskanzler Müller und Außenminister Briand schreibt der „Matin", es sei natürlich nicht ausgeschlossen, daß die beiden Staatsmänner bei ihrer Begegnung über die Frage der Rheinlandräumung verhandeln würden. Da aber Poincaré und Dr. Stresemann bereits einen ausgedehnten Gedankenaustausch hierüber gehabt hätten, sei nicht anzunehmen, daß noch Neues gesagt werden könne. Es genüge ein Hinweis auf den Sachverhalt: „Wenn es sich um die vorzeitige Räumung der Koblenzer Zone handelt, die normalerweise im Januar 1930 erfolgen soll, erklärten die Deutschen, daß dieses Zugeständnis für sie keine allzu große Bedeutung hat. Wenn es sich um die Gesamträumung handelt, so bleibt die These der französischen Regierung, daß diese Räumung nur gegen einen Ausgleich vorgenommen werden kann. Man hat zwei Arten von Ausgleich ins Auge gefaßt: nämlich 1. die Schaffung einer Sonderkontrolle über das entmilitarisierte Rheingebiet und 2. die vorzeitige Zahlung der Reparationen. Die erste Art begegnet in Deutschland wenig Gegenliebe. Was die zweite Art angehe, so wird man einwerfen, daß sie an eine umfassende Regelung gebunden ist, und nicht nur die Mobilisierung der Eisenbahn- und Industrie-Obligationen, sondern auch die Begrenzung der Schulden-Annuitäten und vor allem eine Einigung mit den Vereinigten Staaten über die Kriegsschulden umfaßt. Im besten Falle werden diese Verhandlungen wohl in 1½ bis 2 Jahren zu Ende gehen. In diesem Augenblick wird die 2. Zone schon geräumt sein und die Besetzung der 3. wird normalerweise nur noch etwa 4 Jahre laufen." Der Genfer Berichterstatter des Blattes glaubt zu wissen, daß man den Deutschen bereits bedeutet habe, wie sie die öffentliche Meinung in den alliierten Ländern einer vorzeitigen Räumung günstig stimmen könnten, ohne jene internationale Regelung abzuwarten, nämlich indem sie sich ihres Kredites bedienten, um auf den Finanzmärkten ganz oder teilweise die dort zur Verfügung stehenden Obligationen unterzubringen. Die Deutschen könnten nicht sagen ,daß dies unmöglich sei, da sie bequem eine große Anzahl privater und öffentlicher Anleihen aufgenommen hätten. Man sehe nicht ein, inwiefern Briand, der mit der von der französischen Regierung eingenommenen Haltung völlig übereinstimme, Reichskanzler Müller etwas anderes sagen könne.

Rußland zur Unterzeichnung des Kelloggpaktes bereit

Kowno, 1. 9. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat der stellvertretende Außenkommissar Litwinow am Freitag den französischen Botschafter Herbette empfangen und ihm die Antwortnote der Sowjetregierung auf die durch Frankreich übermittelte Einladung zur Unterzeichnung des Kellogg-Paktes überreicht. — Darin wird bemängelt, daß der Kellogg-Pakt keine Verpflichtung der unterzeichneten Mächte über die Durchführung der allgemeinen direkten Abrüstung enthalte, die nach sowjetrussischer Auffassung die alleinige wesentliche Vorbedingung für den Frieden darstelle. Die Formulierung der einzelnen Bestimmungen des Kellogg-Paktes über den Kriegsverzicht sei ungenügend und unbestimmt und lasse verschiedene und willkürliche Auslegungen zu. Der Pakt enthalte außerdem eine Reihe von Vorbehalten, die den Zweck verfolgten, von vornherein auch den Schein einer Verpflichtung zur Aufrechterhaltung des Friedens zu beseitigen. Da der Pakt aber den Unterzeichnermächten gegenüber der öffentlichen Meinung gewisse Verpflichtungen auferlege, gebe er der Sowjetunion eine neue Möglichkeit, ihre Friedensliebe zu beweisen und ihre Bereitwilligkeit zur Unterzeichnung des Paktes zu bekunden.

•

Weitere Unterzeichner des Kelloggpaktes

Paris, 1. 9. (Funkspruch.) Wie die Morgenpresse aus Washington meldet, haben 7 Länder, die Schweiz, Holland, Panama, Südslawien, Uruguay, Finnland und Luxemburg dem Staatsdepartement ihre Absicht mitgeteilt, dem Kriegsverzichtpakt beizutreten. Die Zahl der Länder, die den Pakt bereits unterzeichnet haben oder zur Unterzeichnung bereit sind, beträgt somit 32.